

Stephan Schulmeister

Die rechten Verführer und ihre Wegbereiter

Mit dem Brexit haben die Briten Geschichte geschrieben. Wer diesen Tag jedoch für einen dauerhaft singulären hält, verharmlost das Ereignis. Das britische Beispiel könnte Schule machen, denn die wichtigsten Antriebe rechtspopulistischer Politik sind heute europaweit gleich. Sie basiert auf drei Arten von Gefühlen: Verbitterung, Wut und Angst vor der Zukunft.

All das findet sich bei den Deklassierten wie auch bei immer breiteren Schichten der Bevölkerung – und es richtet sich nicht zuletzt gegen die Eliten einer neoliberal deformierten EU. Auch wenn die Bürger die Spitzfindigkeiten der neoliberalen Theorie nicht verstehen, ist ihr Grundgefühl richtig, dass da, in „Brüssel“ und in den Regierungen der Mitgliedstaaten, seit langem etwas total falsch läuft: Vor 45 Jahren gab es keine gravierenden sozialen Probleme. Doch obwohl heute das Bruttoinlandsprodukt der EU-Länder zwei- bis dreimal so hoch ist, sind Arbeitslosigkeit und Armut drastisch gestiegen. Die Politik solle doch endlich etwas dagegen unternehmen, lautet die berechtigte Forderung. Die Politik aber sitzt in der Falle ihrer neoliberalen Weltanschauung und hat europaweit außer Strukturreformen für bessere Wettbewerbsfähigkeit nichts zu bieten.

Daher ist es kein Wunder, dass der Aufstieg der neuen rechten Verführer in ganz Europa schier unaufhaltsam zu sein scheint. Im wohlhabenden Österreich stimmten soeben fast 50 Prozent für einen Rechtspopulisten als Bundespräsidenten, in Sachsen-Anhalt fast 25 Prozent für die AfD – und in Polen und Ungarn sind die Rechtspopulisten bereits an der Macht. Immer mehr deklassierte und „zukunftsängstliche“ Menschen fühlen sich von Parteien angezogen, die ihre Gefühle politisch ausnutzen. Sie versprechen soziale Wärme in der nationalen Volksgemeinschaft und lenken die negativen Gefühle gegen Schuldige „oben“ (Euro, EU, Finanzkapital, „Lügenpresse“) und „unten“ (Muslime, Flüchtlinge, Griechen – „dunkle Typen“ jedenfalls).

Doch haben die Rechtspopulisten tatsächlich Konzepte, die bedrückendsten Probleme zu bewältigen – von Arbeitslosigkeit und Armut über die Chancenlosigkeit der Jugend bis zum Klimawandel? Nein, derartige Konzepte haben sie nicht. Stärken sie immerhin die Gefühle von Hoffnung, Zuversicht, Solidarität der Deklassierten und Verunsicherten? Auch das nicht. Haben die Rechtspopulisten eine straffe Organisationsstruktur aufgebaut, verfügen sie über eine stabile Machtbasis in der Bevölkerung? Abermals nein.

Kurzum: Der Aufstieg der Rechtspopulisten resultiert nicht aus eigener Stärke, sondern aus der Schwäche der beiden seit dem Ende des Zwei-

ten Weltkriegs dominierenden Formationen: der Christ- und vor allem der Sozialdemokraten. Ihre Politik hat jene Probleme geschaffen, von denen sich die Rechtspopulisten nähren. Sie selbst entfremdet, haben sie den Anspruch des Primats der Politik über die Ökonomie aufgegeben und ihren Handlungsspielraum durch Regeln wie die Schuldenbremse beschränkt. Sie haben „den Markt“ als handelndes Subjekt akzeptiert, „ihm“ hat sich nun auch die Demokratie („marktkonform“, Angela Merkel) anzupassen.

Die Entmoralisierung der Politik

Auf diese Weise haben sie die Politik entmoralisiert: Wo „der Markt“ lenkt, erübrigt sich die Frage „Was soll sein?“. Christ- und Sozialdemokraten können daher ihre eigene Politik bis heute nicht als Hauptursache der Krise wahrnehmen und sehen daher über die Not der Menschen hinweg.

Damit haben die Traditionsparteien erst die Freiräume für den Aufstieg der Rechtspopulisten geschaffen: Diese fordern nun den Primat der Politik ein, sie wollen an die Staatsmacht und autoritär für Ordnung sorgen („Putin, hilf“), sie wollen die Politik endlich wieder mit (ihren) Werten „aufladen“, sie sind die wahren „Anwälte der kleinen Leute“. Kurzum: Sie sprechen die Nöte der Menschen an, liefern ihnen einfache Erklärungen und Schuldige „oben“ und „unten“. Und sie versprechen, in der Krise endlich zu handeln, statt Aufschwünge bloß zu prognostizieren.

Typisch für den sozialen Nationalismus der neuen Verführer war die Ankündigung von UKIP-Chef Nigel Farage während seiner Brexit-Kampagne: Ist man erst wieder Herr im eigenen Haus, würden die früheren EU-Beiträge dem britischen Gesundheitssystem und damit den eigenen Leuten zugutekommen. Kleinlaut erklärte er hinterher, dass das nicht ganz so gemeint war.

Wer wie die Volksparteien seine Identität verliert, verliert auch Orientierung, Handlungsfähigkeit, Kenntlichkeit und Wählbarkeit. „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen“, meinte einst Helmut Schmidt. Was für ein Irrtum! Heute brauchen die Sozialdemokraten europaweit einen Wunderdoktor, weil sie *keine* Visionen (entwickelt) haben. Und um die Lage der Christdemokraten ist es kaum besser bestellt. So schuf die „Entsozialdemokratisierung“ und „Entchristlichung“ der Traditionsparteien erst den Nährboden für den Aufstieg der Rechtspopulisten. Dieser Prozess begann vor fast 50 Jahren – mit dem Siegeszug der neoliberalen Ideologie.

Dabei stellten damals die Sozialdemokraten nach einem über 100jährigen Kampf endlich für längere Zeit den Regierungschef: 1969 in Deutschland mit Willy Brandt (wie mit Olof Palme in Schweden) und 1970 in Österreich mit Bruno Kreisky. Ihr Triumph war die Frucht des „goldenen Zeitalters des Kapitalismus“ und damit des Lernens aus der Weltwirtschaftskrise. Diese Krise war durch den Börsenkrach von 1929 ausgelöst und durch Sparpolitik, Lohnkürzungen, Abwertungswettläufe vertieft worden. John Maynard Keynes konnte mit seiner systemischen Wirtschaftstheorie aufzeigen, warum die marktlibe-

ralen Therapien selbst zu Krisenursachen werden *mussten*. Auf Basis seiner Theorie gelang es nach 1945, die Triebkräfte des Kapitalismus zu steuern, also gleichzeitig zu nutzen und zu bändigen: Die Finanzmärkte wurden strikt reguliert, das Gewinnstreben konnte sich daher nur in der Realwirtschaft entfalten, der Sozialstaat wurde ausgebaut, Vollbeschäftigung fungierte als Schlussstein des Systems – Probleme wie Staatsverschuldung, Armut oder Rechtspopulismus entstehen dann erst gar nicht. Im Gegenteil: Nun sahen die Gewerkschaften ihre Zeit gekommen, sie forderten mehr Mitbestimmung und Umverteilung, die Zahl der Streiks verdreifachte sich, der Zeitgeist drehte auf links („1968“) und blies die Sozialdemokratie an die Macht.

Die neoliberale Generaloffensive

Doch all dies verstörte immer mehr Unternehmer. Sie unterstützten die neoliberale Generaloffensive – nicht zufällig begann sie, als die Sozialdemokratie vor ihren größten Erfolgen stand. Der Durchbruch gelang durch die Hintertür einer Entfesselung der Finanzmärkte. Schon lange hatten Ökonomen wie Milton Friedman gefordert, feste Wechselkurse aufzugeben. 1971 war es dann so weit: US-Präsident Richard Nixon brach die Vereinbarung von Bretton Woods, zwei massive Dollarabwertungen zogen zwei Ölpreisschocks (1973 und 1979) und zwei Rezessionen sowie einen massiven Inflationsanstieg nach sich. In der Wirtschaftswissenschaft wurde der gleichzeitige Anstieg von Inflation und Arbeitslosigkeit als Widerlegung des Keynesianismus bewertet (diese Konstellation hatten die Neoliberalen mit ihrem Kampf gegen feste Wechselkurse selbst mit verursacht – ein Beispiel für brillante Kriegsführung).

Die Politik reagierte auf den Anstieg von Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung mit erster Sparpolitik (Austerität), die Inflation wurde mit einer Hochzinspolitik bekämpft: Seit 1980 liegt der Zinssatz in Europa über der Wachstumsrate. Dies sowie die Instabilität von Wechselkursen und Rohstoffpreisen verlagerten das Gewinnstreben der Unternehmen von der Real- zur Finanzwirtschaft, die Arbeitslosigkeit stieg immer mehr an. Paradoxe Konsequenz: Die wachsende Unzufriedenheit mit den linken Regierungen brachte Thatcher und Reagan an die Macht. Der neoliberale Vormarsch kam nun erst richtig in Schwung.

Was die sozial- und christdemokratischen Eliten von Anfang an nicht verstanden: All dies folgte dem großen Plan zur Bekämpfung von Keynesianismus und Sozialstaatlichkeit. 1947 hatte Hayek die „Mont-Pelerin-Gesellschaft“ gegründet, alle neoliberalen „Berühmtheiten“ wurden Mitglied, darunter acht Nobelpreisträger. An der Universität Chicago wurden die passenden Theorien produziert und durch neoliberale Thinktanks popularisiert (heute verbindet das „Atlas Network“ 451 sogenannte *free-market organizations* in 95 Ländern – die profitabelste Investition der Vermögenden).

Die Ausbreitung des Neoliberalismus wurde organisiert als Krieg gegen die Hauptanliegen von Sozialdemokratie und christlicher Soziallehre. Doch

die Traditionsparteien begriffen ihre Entmächtigung als wissenschaftlichen Fortschritt. Dabei hatte Hayek schon in den 1950er Jahren erklärt: Um die Gesellschaft zu verändern, muss man sein politisches Interesse in Theorien kleiden und diese durch Intellektuelle als „second-hand dealers in ideas“ verbreiten.

All jene Journalisten, die in den vergangenen Jahrzehnten den Segen von Marktfreiheit und Wettbewerb priesen (also fast alle), wissen nicht, dass sie damit dem Plan der neoliberalen *master minds* zur Kollektivierung des Denkens folgten – als Marionetten der Freiheit.

Sozialdemokraten im Dienste des Zeitgeists

Dass Konservative und Wirtschaftsliberale an der neoliberalen Ideologie Gefallen fanden, konnte nicht allzu sehr verwundern. Doch warum haben die Sozialdemokraten – unter Tony Blair und Gerhard Schröder – die Navigationskarte ihrer Gegner übernommen? Warum verwechselten sie reaktionäre Ziele wie die Schwächung von Sozialstaat und Arbeitnehmerrechten mit „Modernisierung“?

Erstens: weil sie über kein eigenes links-ökonomisches Rüstzeug mehr verfügten. Seit Jahrzehnten werden Ökonomen allein nach der neoliberalen Einheitslehre ausgebildet, sie arbeiten als Experten aller Art oder als Journalisten. Moderne Politik braucht jedoch Expertenlegitimation und mediale Vermarktung. Also hat sie sich dem Zeitgeist angepasst. Dieser Prozess verursachte bei den Sozialdemokraten einen viel verheerenderen Identitätsverlust als bei den Christdemokraten, die ja (auch) die besser Gestellten vertreten.

Zweitens: Einmal im Amt konzentrierte sich die Sozialdemokratie nur noch auf die tagesaktuelle Rechtfertigung der Regierungsarbeit. Die Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung, der Bewegungen der politischen Gegner und der eigenen Strategien wurde sträflich vernachlässigt. Ohne eigenständiges Profil als linke Volkspartei agierte die Sozialdemokratie als bloßer Verwalter von „Sachzwängen“ und als „Partei des kleineren Übels“.

Logische Konsequenz war der europaweite Aufstieg der Rechtspopulisten: Die von den Traditionsparteien zumindest mitgetragene Politik der Senkung von Löhnen, Arbeitslosengeldern und sonstigen Sozialausgaben, der Lockerung des Arbeitnehmerschutzes und der Ausweitung prekärer Jobs ließen Unzufriedenheit und Verunsicherung der Bürger wachsen. Dazu kam der massive Anstieg von Arbeitslosigkeit nach dem Aktiencrash 2000 und der Finanzkrise 2008, beides Folgen neoliberaler Deregulierungen. Diese „Reformen“ hatten die Traditionsparteien 30 Jahre lang unterstützt – auf diese Weise überließen sie die Empörung über den Finanzkapitalismus den neuen Verführern von rechts.

Hätten die linken Ökonomen von den Neoliberalen gelernt, die Zeit ihrer Marginalisierung zu nutzen für das Erarbeiten und Verbreiten von Theorien gegen den Mainstream, insbesondere über die fatalen Folgen boomender Finanzalchemie bei gleichzeitigem Sozialabbau, dann hätte man die Finanz-

krise zum Ausgangspunkt eines Gegenangriffs machen können. So aber nützten die Neoliberalen in den Traditionsparteien die Folgen der Krise als „Sachzwänge“ für die Demontage des europäischen Sozialmodells. Oder anders ausgedrückt: Die für Linke aufgelegten Elfmeter schossen die Neoliberalen ein.

Verbitterung, Wut und Angst vor der Zukunft

Die aus der Empörung resultierende Verbitterung ist daher gegenüber der Sozialdemokratie am stärksten ausgeprägt. Von ihr hatte man sich ja am ehesten Unterstützung erhofft, zumindest aber, von ihr wahrgenommen zu werden. Doch als Mitverursacher der sozialen Not spielt die Partei die aus ihren „Reformen“ resultierenden Probleme bis heute herunter. Es ist daher kein Zufall, dass die Sozialdemokratie in jenen Ländern am schlechtesten dasteht, wo sie lange Zeit nach neoliberaler Navigationskarte regiert hatte wie in England, Deutschland oder Frankreich. Und genau dort wurden die Rechtspopulisten besonders stark.

Der Brexit ist dafür nur ein weiteres Indiz. Zusätzlich geschürt wird die Verbitterung dadurch, dass der Neoliberalismus die Opfer seiner Politik für „selber schuld“ erklärt: „Jeder ist seines (Un-)Glücks Schmied!“ In der Wirtschaftstheorie kommt dies in der These zum Ausdruck, dass Arbeitslosigkeit überwiegend „freiwillig“ bzw. „strukturell“ sei.

So geht etwa die EU-Kommission unbeirrbar davon aus, dass 90 Prozent der Arbeitslosen nicht mehr verwendbar sind, sie werden daher bei der Berechnung des sogenannten Potentialoutputs nicht berücksichtigt. Folglich wird der Unterschied zwischen dem tatsächlichen und dem potentiellen BIP klein gehalten, der größte Teil der Staatsdefizite sei daher nicht durch die Krise verursacht, sondern strukturell – und so muss weiter gespart werden. Würde man dagegen – geleitet vom bloßen „Hausverstand“ – annehmen, dass der größte Teil der Arbeitslosen durchaus arbeitswillig und -fähig ist (während weiter die Jobs fehlen!), so hätten die meisten EU-Länder strukturelle Haushaltsüberschüsse und müssten nicht weiter sparen.

Dass Sozial- und Christdemokraten ein Regelwerk installiert haben und weiter stützen, dass 90 Prozent der Arbeitslosen für unbrauchbar erklärt, brachte den Rechtspopulisten doppelten Gewinn: Sowohl die EU als auch die „Altparteien“ haben sich, in der Diktion der neuen Rechten, selbst entlarvt als „Verräter“ am „kleinen Mann“. Die Schwester der Verbitterung – die damit einhergehende Zukunftsangst – erzeugt massive Wut. Diese lenken die Rechtspopulisten nun ganz gezielt auch gegen den Euro und die gesamte EU. Tatsächlich scheinen Sozialabbau, Deregulierung und Deklassierung zwingende Folgen des europäischen Projekts zu sein. Richtig ist: Sein Fundament war von Anbeginn das Ökonomische, der gemeinsame Markt und seine Freiheit. Solange aber die sozialstaatlich-realkapitalistische Spielanordnung galt, war das kein Problem. Die seit über 30 Jahren geltende Dominanz der Marktfreiheiten *und* des Neoliberalismus sind aber zu viel des Schlechten.

Diese Kombination musste EU und Währungsunion zu Feinden der Bürger machen, da ihre Regelwerke und Maßnahmen die Krise in allen Ländern vertieften. Diese Lage nutzen wiederum die Rechtspopulisten in ganz Europa und spielen das Nationale geschickt gegen das Europäische aus. Und die Eliten begreifen noch immer nicht: Ein neoliberales *und* gemeinsames Europa kann es nicht geben, ein Zurück zum Nationalstaat allerdings auch nicht: Das Zerschneiden der Währungsunion würde die Depression durch Abwertungswettläufe in Europa vollenden. Denn eine „geordnete Abwicklung“ des Euro ist weder technisch noch politisch möglich.¹

Der Neoliberalismus als das erfolgreichste Projekt der Gegenauflklärung

Fest steht: Neoliberale und Rechtspopulisten – und ihre Schnittmenge ist größer, als man glauben möchte – werden den realexistierenden Wirtschaftskrieg in Europa zu nützen wissen. So erweist sich der Neoliberalismus als das erfolgreichste Projekt der Gegenauflklärung und damit der Selbstentmündigung der Politik sowie ihrer Entmoralisierung – und das alles im Namen der Freiheit!

Doch ohne diese Einsicht in die Essenz des Neoliberalismus wird man die große Krise sowie die Desintegration Europas und damit die neuen Verführer nicht bekämpfen können. Helfen könnte dagegen ein Vergleich mit den Jahren 1929 bis 1933: Zwar entwickelte sich die gegenwärtige Krise viel langsamer, auch ist sie noch weniger stark ausgeprägt, doch hat sie sich nach genau der gleichen Logik entfaltet wie die letzte ganz große Wirtschaftskrise: Finanzkrisen, Sparpolitik, Kürzungen von Löhnen und Arbeitslosengeld, Sozialabbau, Rechtspopulismus – ein Wirtschaftskrieg in Europa würde das Bild komplettieren.

Was folgt aus alledem? Begreift man den ideologischen Charakter des Neoliberalismus als Gegenauflklärung, Selbstentmündigung und Entmoralisierung, und seinen ökonomischen Charakter als „Theorie der reichen Leute“, dann müsste man allerdings viele, für ewig beschlossene Regelwerke wie den Fiskalpakt außer Kraft setzen.

Noch größer dürfte jedoch der geistig-kulturelle Kraftakt sein – gerichtet gegen den psychologisch bedingten Lernwiderstand der Eliten: Christ- und Sozialdemokraten, Journalisten und Professoren müssten sich ernsthaft fragen, ob sie nicht jahrelang als Mitläufer einen „common sense“ geschrieben, gelehrt und umgesetzt haben, der sich heute als gemeingefährlicher Nonsense entpuppt. Wer aber wüsste nicht von sich selbst, wie schwer es fällt, sich einen solch gewaltigen Fehler einzugestehen?

1 Stephan Schulmeister, Der drohende Wirtschaftskrieg, in: „Blätter“, 10/2013, S. 39-49.